

Mehr Jungunternehmer in die EU-Politik

Utl.: Schlüssel auf Jungunternehmer-Gipfel: Nur Unternehmer können
Jobs schaffen - Arbeitslosigkeit zentrales Problem der EU =

Wien (PWK) - "Die Bewältigung der Arbeitslosigkeit ist ein zentrales Problem der Europäischen Union", sagte Vizekanzler Wolfgang Schüssel am Montag beim 4. Weltwirtschaftsgipfel der Jungunternehmer in der Wirtschaftskammer Österreich. Arbeitsplätze könnten nur durch Unternehmer geschaffen werden. Seit 1980 seien in Europa rund 15.000 neue Jobs entstanden, in den USA waren es 30.000. "Wir müssen das europäische Modell überdenken", forderte Schüssel. Ein gemeinsames Vorgehen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern könne wesentlich bessere Ergebnisse für die Schaffung von Arbeitsplätzen bringen als Streiks und Gegensätze der Sozialpartner. ****

Die Erweiterung der EU werde mehr Arbeitsplätze in Europa schaffen - nicht nur in den Beitrittsländern, sondern auch in den alten EU-Mitgliedsstaaten, zeigte sich Schüssel überzeugt.

Als Ziel der österreichischen, aber auch der kommenden EU-Präsidentschaften formulierte Schüssel: "Europa muß wieder seine globale Bedeutung erlangen". Dazu seien mehr Offenheit und Toleranz, mehr "Europäismus" nötig und weniger defensive Haltung, wie sie derzeit immer noch vorherrsche. Der europäische Binnenmarkt umfaßt jetzt schon nahezu 400 Millionen Menschen, nach der Erweiterung werden es 500 Millionen sein. Damit werde Europa zur stärksten Wirtschaftseinheit der Welt, erinnerte der Vizekanzler.

Die Vizegouverneurin der Österreichischen Nationalbank, Gertrud Tumpel-Gugerell, betonte die Wichtigkeit einer stabilen Wirtschaftsregion vor allem in Zeiten der Unsicherheit. Der Eurozone falle daher eine besondere weltwirtschaftliche Bedeutung zu. Der Euro werde wesentlich zur Stärkung des europäischen Binnenmarktes beitragen und die Chancen für das Wirtschaftswachstum der EU-Länder erhöhen, sagte Tumpel-Gugerell.

Zur Entwicklung des Rubels meinte die ÖNB-Vizegouverneurin, daß es sich hier vor allem auch um ein psychologisches Problem handle. Man dürfe die Situation durch Überbetonen nicht noch schlechter machen. Auch solle man die gesamte osteuropäische Region nicht in "einen

Topf" werfen. Die einzelnen Länder müßten vielmehr differenziert betrachtet werden.

Vorstandsdirektor Gerhard Novy von der Bank Austria wies auf die jahrzehntelangen Erfahrungen seines Institutes in den mittel- und osteuropäischen Ländern hin und betonte, daß die Bank ihre Kunden auch in der gegenwärtigen schwierigen Situation unterstützen werde.

Die Vordringlichkeit des Problems der Arbeitslosigkeit für die EU betonte auch EU-Parlamentsabgeordneter Karl Habsburg. Dem Prinzip der Subsidiarität folgend sollte die EU auch hier nur die Rahmenbedingungen bieten, die Entscheidungen aber jenen Menschen überlassen, die mit dem Problem direkt befaßt sind - und das seien die Unternehmen. Junge Menschen, die Unternehmen gründen (und damit Arbeitsplätze schaffen) wollen, sollten volle Unterstützung von der EU erhalten, forderte Habsburg. Es sei daher auch wünschenswert, daß sich mehr junge Menschen aus der Wirtschaft aktiv an der EU-Politik beteiligen. Sie könnten viel zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit beitragen.

(Schluß) RL

Rückfragehinweis: WKÖ-Presseabteilung

Tel:50205/4364

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0170 1998-08-31/15:18

311518 Aug 98

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980831_OTS0170